

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

(Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich)



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

Verlagsadresse: Die neuromanische Koppelpassage oder beim Hauptbahnhof 20 21, für die Kassenstelle (ausgegeben von dem verantwortlichen Teil eines Zeitungs) 1 30 KSt. Anzeigen-Verträge nur nach vorheriger Genehmigung des Verlegers. Verleger: Dresden: Verlagsgesellschaft 'Arbeiterstimme' und Carl Zeidler, Buchverleger, A. G. Dresden 11, Postfach 10 000. Druckerei: Druckerei 'Arbeiterstimme', Dresden 11, Postfach 11-10 für den Vertrieb und arbeiterstimme, Dresden, Postfach 11-10 für den Vertrieb. Preis: 10 Pfennig.

7. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 30. Mai 1931

Nummer 100

Ma bleibt der große Mann?? O. Wels.

Der 2. und der 1. Mann, sie gehn zur KPD!

Rohmer

Rud. Dittmann

Alto Sparmann

Otto Löffler

(bisher SPD-Stadtrat, Leipzig) (bisher Reichsbanner, Dresden)

(bisher parteilos, Dresden)

(bisher parteilos, Dresden)

Rohmer-Leverkusen spricht heute 20 Uhr im Keglerheim über: Warum ging ich von der SPD zur KPD?

Notverordnung: 1 Milliarde wird den Volksmassen erneut geraubt!

Erhöhung der Zucker- und Umsatzsteuer / Salzsteuer / Gehaltskürzung Raub an Unterflügeln

Berlin, 30. Mai. (Sig. Drahtmeldung.)

Der jährliche Kampf der kommunistischen Presse gegen die Verschleierung der neuen Massenauflösungsabsichten hat die bürgerliche Presse gezwungen, nunmehr einige der wichtigsten Punkte des Inhalts der neuen Notverordnung bekanntzugeben. Nach den mehr oder weniger übereinstimmenden Informationen wird die neue Diktatorverordnung die Wertleistungen um rund 700 Millionen Mark prellen und eine direkte neue Massenbelastung in Höhe einer Vierhundertmillionen mit sich bringen. Die politische Zeitung ist gezwungen, dazu zu erklären: „Die neuen Maßnahmen werden an Gewicht und Umfang alles übertreffen, was bisher auf dem Wege der Notverordnung dekretiert worden ist.“

Besonders informiert ist das Blatt Stegerwalds, „Der Deutsche“. Danach enthält die Diktatorverordnung folgende Punkte:

1. eine Sparmaßnahme in Höhe von 200 Millionen Mark, die bei den Sachausgaben gestrichen werden sollen; davon angeblich 50 Millionen Mark bei der Reichswehr. Man kennt ja die unechten Absichten bei der Reichswehr aus früheren Zeiten, um zu wissen, daß diese 50 Millionen nur zitiert sind, aber nicht gestrichen werden. 70 Millionen Mark, die im Meßort des Reichsarbeitsministeriums gestrichen werden sollen, werden dagegen wirkliche Streichungen sein.
2. Weitere Einsparungen von 200 Millionen durch Streichung an persönlichen Leistungen in der Altersfürsorge, der Kriegsbeschädigtenversorgung usw.
3. Kürzung der Beamtengehälter bis zu 6 Prozent, angeblich gestrichelt bis auf 4 Prozent.
4. Einführung einer Beschäftigungssteuer (oder wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer Entschlüsselung sagt, Arbeitssteuer) als ungestrichelter Einkommensteuerzuschlag für die Selbstbesoldeten.
5. Erhöhung der Zuckersteuer um 40 Millionen Mark. Wiedereinführung einer Salzsteuer und möglicherweise Erhöhung der Umsatzsteuer.
6. Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 1 oder 1/2 Proz. und Einziehung der Einkommen über 8400 Mark in die Versicherungsspflicht. Abbau der Leistungen für die Saisonarbeiter und Verlängerung der Anwartschaft.
7. Forderungen, über die bisher Einzelheiten noch nicht bekannt sind, in der Wohlfahrtsfürsorge und Invalidenversicherung, aber selbstverständlich in der Richtung eines Abbaus. Ebenso sind Maßnahmen zu erwarten, die das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gemeinden in der Richtung eines größeren Zwanges zu „Einsparnissen“ in den Gemeinden entscheidend ändern werden.

Das sind die wichtigsten bisher bekannten Einzelheiten der neuen Diktatorverordnung, die eine so aufreizende Sprache reden, daß in der Tat die Belohnung bürgerlicher Blätter berechtigt ist, wenn sie es für unmöglich halten, daß das Volk auch diese Listen noch tragen wird, nachdem es bereits in den letzten Monaten in tiefster Not gestürzt wurde. Zwar, das wertvolle Volk wird nicht schweigen. Es kann nicht noch mehr hungern als bisher. Seine Gesundheit ist zu Ende. Es wird sich auch nicht mehr beschließen lassen durch die verdeckte Haltung der SPD-Führer, die von Anfang an die entscheidenden Teile dieser ungeheuerlichen Diktatorverordnung fahnte und die es noch jetzt noch wagen, zu ihrem Parteitag eine solche Komödie aufzuführen. Der Abgeordnete Dr. Hech will heute als Vertreter der SPD-Reichstagsfraktion sich bei Herrn Brüning über den Grundhalt der neuen Notverordnung „unterrichtet“ lassen, damit die SPD auf dem Leipziger Parteitag einen genaueren Überblick über die Pläne der Reichsregierung hat, um ihre Stellungnahme dazu einrichten zu können. Dieser niederträchtige Schwindel wird bereits dadurch widerlegt, daß die Volkszeitung in Lössau mündlich zu erklären gezwungen ist:

Es ist leider kaum damit zu rechnen, daß der Parteitag vor seinem Ende genaue Kenntnis vom Inhalt der Notverordnung erhält und danach die politische Linie für die nächste

Zukunft eindeutig festlegen kann. Gerade aber darin hätte die Hauptbedeutung des Kongresses gelegen. Unter den gegebenen Umständen wird der Parteitag kaum über die Bestimmung allgemeiner Richtlinien hinauskommen, während der politische Kurs wie bisher in der Hauptsache von der Reichstagsfraktion beschlossen wird.“

Wenn die Volksgemeinschaft damit auch das Schwindelmandat nicht unterstügt, indem sie faktisch die SPD-Führer als schuldlos an dieser bewußten Verschleppung hinzustellen vermag, ist doch ihre Feststellung auch für die SPD-Arbeiter, die noch Hoffnung auf diesen Parteitag setzen, ein Alarmzeichen. Nichts können sie von diesem Parteitag erwarten, als daß den sozialistischen Vorkämpfern freie Hand zur Weiterführung ihrer verbrecherischen Verräterpolitik gegeben wird.

Es ist Notwehr, wenn das Volk sich gegen die neuen Anschläge erhebt. Es gibt erst Arbeit und Brot, wenn es keine Kapitalisten mehr gibt. Das zeigt der Arbeitsbeschaffungsplan der kommunistischen Partei. Es gibt auch einen Weg zu Freiheit und Zukunft für die Kleinbauern und für den schaffenden Mittelstand. Das Sozialhilfeprogramm der kommunistischen Partei hat bereits diese Erkenntnis ins Dorf getragen. Diesen Weg gilt es in geschlossener Einheitsfront der Wertleistungen in Stadt und Land unter Führung der KPD zu beschreiten.

Gegen das Hungerprogramm der Volksfeinde — ein ganzes Volk im Kampf und Aktion mit klarem, revolutionären Zielen. Gegen das menschenunwürdige kapitalistische System, für Sowjetdeutschland! Das muß die Antwort der Millionen auf das neue Brüning-Diktat der Regierung sein.

Nazi-Versammlung verhindert!

Blutige Zusammenstöße in Dresden-Neustadt — Ein Arbeiter in Hagen ermordet

Dresden, den 30. Mai.

Gestern kam es zwischen Nazis und Arbeitern zu schweren Auseinandersetzungen in der Hechtstraße in Dresden-Neustadt. Da die Nazis eine Versammlung abhalten wollten, hatten sich große Scharen Arbeiter eingeladen, die die Zugangsstraßen besetzt hielten. Die SA ging in geradezu unerhörter Weise mit Stahlruten gegen die Arbeiter vor. Die Entlassung der Nazis wurde von der Polizei mit der lächerlichen Begründung erst abgelehnt, daß, wenn die Nazis im Besitze von Stahlruten wären, der Führer der Nazis verpflichtet sei, sie ihnen abzunehmen; da er es nicht getan habe, sei bewiesen, daß die Nazis keine Waffen hätten. Die Abhaltung der Versammlung der Nazis wurde durch die Massen verhindert. Die Polizei ging gemeinsam mit der SA vor und verhaftete einige Arbeiter. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Bis in die späten Nachtstunden dauerten die Zusammenstöße an.

Unter getriggert Bericht über die Zusammenstöße in Hagen, die auf Grund von frechen Naziprovokationen erfolgten, wird jetzt die ungeheuerliche Mitteilung ergänzt, daß ein kommunistischer Arbeiter getötet wurde und ein heiliger Arbeiter im Sterben liegt. 21 Schmer- und Leidverletzte, von denen ein Teil ebenfalls in Lebensgefahr schwebt, liegen im Krankenhaus. Die Nazis warfen sich auf die Bevölkerung und schlugen, riefen und schossen auf sie ein, als die Menge sich gegen sie wandte. Dreißig Schüsse wurden gegen Passanten abgeleert. Die Opfer sind bis auf einen Genossen parteilose Arbeiter und Bürger. Als ein Reichsbannermann einen Polizeioffizier veranlassen wollte, die

Nazis zu entwaffnen, zog dieser den Revolver und richtete ihn auf den Reichsbannerarbeiter. In ganz Niederhain herrschte über den Vorgang in Hagen ungeheure Empörung. Die kommunistische Partei rief zu Demonstrationen und in Hagen zum Proteststreik am Tage der Beerdigung der Opfer auf.

Ein Sturmangriff von Faschisten auf das Berliner Büro des Kampfbundes gegen Faschismus wurde von der Wache und von zu Hilfe eilenden Straßenpassanten erfolgreich abgelenkt. Die Polizei griff hierbei zusammen der Nazisoliden ein und verhaftete einige der Arbeiter, die den frechen Überfall abwehrten.